

Dieser Mechanismus greift auch in Afrika.<sup>128</sup> Als in den 80er Jahren China sein Engagement in Afrika reduzierte, wandten sich prompt einige Staaten - Liberia, Lesotho, Guinea Bissau, Zentralafrika, Burkina Faso, Gambia, Senegal, São Tomé und Príncipe und Chad - verstärkt Taiwan zu.<sup>129</sup> Dieser Vorgang verdeutlicht, dass das Ein-China-Prinzip auch seitens Afrika ein geeigneter Handelsgegenstand ist und ein Druckmittel gegenüber China verkörpert. Einige Staaten nutzten das ‚Ein-China-Prinzip‘ als Chance, sich eine Machtposition an der Seite Chinas zu sichern und erkannten später, im Zuge verstärkten Engagements Chinas auf dem Kontinent, wiederum statt Taiwan China an: Lesotho (1994), Niger (1996) Zentralafrika und Guinea Bissau (1998), Südafrika (1998), Senegal (2005) und Chad (2006).

Damit ist die Taiwan-Strategie ein wichtiges Interessengebiet der VRCh bezüglich ihrer Afrikapolitik, denn die einzige Bedingung Chinas für Partnerschaften, Kredite und Entwicklungshilfezuweisungen ist die Anerkennung des ‚Ein-China-Prinzips‘: „The One-China principle is the political foundation for the establishment and development of China's relations with African countries and regional organizations.“<sup>130</sup> Im Gegenzug ist es auch ein Druckmittel für afrikanische Staaten.

## 7. Chinesische Entwicklungszusammenarbeit

Hinsichtlich der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung Afrikas verspricht das chinesische Strategiepapier: „China supports African countries' endeavour for economic development (...) and carries out cooperation in various forms in the economic and social development (...).“<sup>131</sup> China präsentiert sich folglich als beispielhaftes Vorbild eines Schwellenlandes und deshalb als bester Partner für Afrika. Bereits in der Struktur chinesischer Entwicklungszusammenarbeit ergeben sich aber grundsätzliche Risiken für Nehmerländer. Am Beispiel des ‚Angola-Modes‘ zeigt sich, wie China die Verbindung zwischen eigenen wirtschaftlichen Interessen und Bedarfslagen der afrikanischen Partner schafft, und welche Risiken dieses Konzept für afrikanische Staaten bergen kann.

---

<sup>128</sup> Vgl. Taylor (2009), S. 28.

<sup>129</sup> Vgl. Perret (2006), S. 3.

<sup>130</sup> Vgl. Ministry of foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

<sup>131</sup> Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China (2006), S. 2.

## 7.1. Risiken

Chinesische Entwicklungszusammenarbeit ist zentral organisiert, mit der chinesischen Regierung an der Spitze, ihr nachfolgend verschiedene Ministerien und Kommissionen. Das MOFCOM (=Ministry of Commerce) ist dabei das Exekutivbüro der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit Chinas, es regelt die Ausgaben und Einnahmen. Eine wichtige Rolle spielen die Entwicklungsbanken: Die EXIM Bank (=China Export-Import Bank), eine Staatsbank, bietet Kredite zu Vorzugsbedingungen, Export-Kredite als Anreiz für chinesische Investoren, sowie Garantien für Investitionen. Die zweite involvierte Bank ist die CDB (=China Development Bank). In ihrem finanziellen Volumen überragt sie vergleichbare internationale Institutionen, sogar die Weltbank. Diese Struktur chinesischer Entwicklungshilfe wird zwangsläufig zu einer Konkurrenzsituation hinsichtlich der Kreditbedingungen auf internationaler Ebene führen.<sup>132</sup> Obwohl China die ‚Paris Declaration on Aid Effectiveness‘ ebenso wie die ‚Millenium Development Goals‘ unterschrieb, entspricht es nicht den darin enthaltenen Anforderungen an Transparenz und Kooperation auf internationaler Ebene. Wahrscheinlich ist, dass die Zusage an diese Bedingungen aus der eigenen Perspektive als Empfänger– statt Geberland stattfand:<sup>133</sup> China selbst ist immer noch Empfänger von Entwicklungshilfegeldern.

Neben dem Paradox, selbst als Empfängerland aufzutreten, wird die Kreditvergabe Chinas außerdem als gegenläufige Maßnahme zu den westlichen Schuldenerlassen in Afrika gewertet. Tatsächlich entband der Westen Afrika durch zwei Entschuldungsinitiativen von 43 Milliarden US-Dollar seiner bi-und multilateralen Schulden. Berechtigt ist deswegen das Bedenken einer Neuverschuldung aufgrund der unkomplizierten Kreditvergabepolitik Chinas.<sup>134</sup> Ein weiterer Kritikpunkt ist die Verknüpfung der Entwicklungszusammenarbeit mit chinesischen Wirtschaftsaktivitäten, die eigenen Unternehmen bei der Projektumsetzung den Vorzug gibt und so zur Marginalisierung afrikanischer Unternehmen und Arbeitskräfte führt.<sup>135</sup>

---

<sup>132</sup> Der IMF (=International Monetary Fund) hingegen verfügt als eine der wichtigsten Kreditvergabeinstitutionen über verschiedene Kreditinstrumente, deren Vergabe je an wirtschaftspolitische Konditionen gebunden ist. Diese Konditionalitäten bestätigen die Empfängerländer in einem ‚letter of intent‘, in dem sie sich zu ökonomisch stabilisierenden Maßnahmen verpflichten. Allerdings sind diese ‚letters of intent‘ politischer Art und binden die Staaten deshalb rechtlich nicht an die Einhaltung der Verpflichtungen. Vgl. International Monetary Found (2011).

<sup>133</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 34.

<sup>134</sup> Vgl. Reisen (2007), S. 1.

<sup>135</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 36.

Entwicklungshilfe in der Praxis erfolgt auf drei verschiedene Arten: Erstens als Gewährleistung nicht rückerstattungspflichtiger Gelder, zweitens in Form unverzinslicher Darlehen, die direkt von der chinesischen Regierung ausgezahlt werden und hauptsächlich in Infrastrukturprojekte fließen, und drittens als Vorzugskredite mit Zinsraten, die sich unter den Marktzinsen bewegen. Chinesische Entwicklungshilfe kann deshalb vor allem eines, nämlich aufgrund des staatlichen Auffangmechanismus wesentlich risikoreichere Projekte als andere Länder abschließen. Die Wahl des Typs hängt von den Konditionen des Landes und der Gestalt des Projektes ab. Meistens greifen aber die Typen zwei und drei, denn überwiegend ist chinesische Entwicklungszusammenarbeit mit einem weitreichenden Engagement in Handel und Investitionen verbunden.<sup>136</sup> Zu den Instrumentarien zwei und drei zählt auch der ‚Angola-Mode‘, ein Darlehenskonzept, in dem Kredite, meist zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten, durch natürliche Ressourcen abgesichert werden.

---

<sup>136</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 36.

## 7.2. Der ‚Angola-Mode‘: Rohstoffgebundene Entwicklungszusammenarbeit

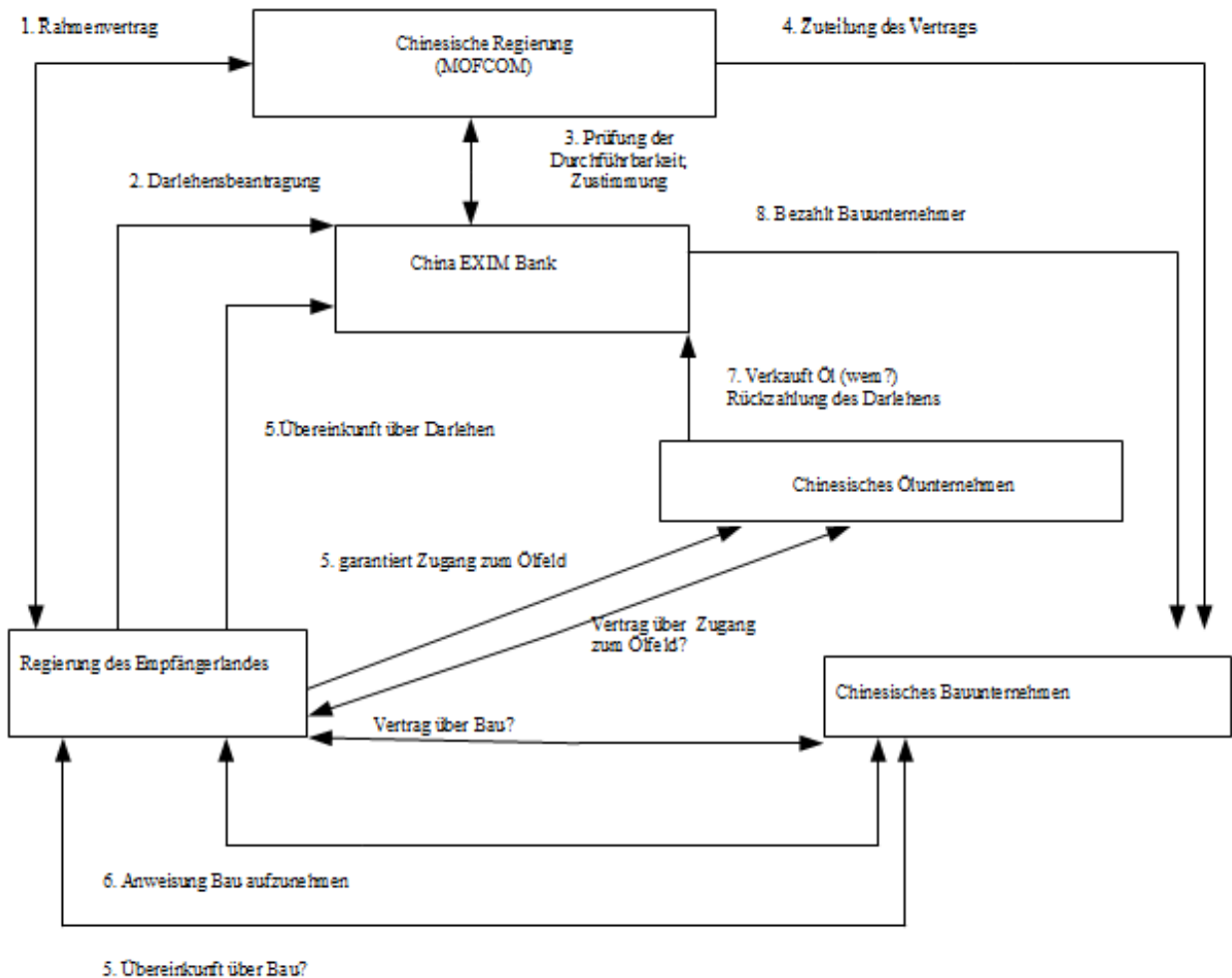


Abbildung 4: ‚Der Angola Mode‘;  
(nach Asche/Schüller, 2008, S. 22)

Das Vorgehen ist als ‚Angola-Mode‘, benannt nach der erstmaligen Anwendung in Angola, in der Fachliteratur ein Obergriff für die Praxis chinesischer Kreditvergabe für Infrastrukturprojekte, deren Rückzahlung mit Rohstoffexporten verknüpft ist.<sup>137</sup> Beidseitige Interessen, das Vorgehen, die Ziele und Effekte chinesischen Handelns in Afrika werden anhand dieses Beispiels deutlich. Das Vorgehen sowie die beteiligten Akteure sind in der obenstehenden Abbildung verdeutlicht.<sup>138</sup>

<sup>137</sup> Vgl. Foster/Butterfield/Chen (2008), xii.

<sup>138</sup> Vgl. Abbildung 4.

Die Akteurstruktur des Konzeptes ist vielschichtig. Neben beiden Regierungen sind ferner chinesische Unternehmen – Bauunternehmen für die Konstruktion des Infrastrukturprojektes, sowie Ölunternehmen für die Gewinnung der Rohstoffe beteiligt. Positiv ist, dass finanziell schwache Staaten so schnell in dringend benötigte Infrastrukturprojekte investieren können. Zentrale Akteure in diesem Konzept sind das MOFCOM, das Exekutivbüro der Internationalen Entwicklungszusammenarbeit Chinas, das Projekte, die den Zielen Chinas entsprechen auswählt und die Rahmenbedingungen gegenüber der Regierung des Empfängerlandes festlegt (siehe Schritte eins, vier und drei).<sup>139</sup> Die ungewöhnliche Form von ‚Entwicklungshilfe‘ spiegelt sich damit bereits in der institutionellen Struktur chinesischer Bürokratie wider: Das Handelsministerium MOFCOM ist nicht nur für Handelsbeziehungen, sondern auch für Entwicklungszusammenarbeit zuständig. Diese institutionelle Verschränkung zeigt wie eng eigene Wirtschaftsinteressen an Entwicklungshilfe gebunden sind.<sup>140</sup> Ein weiterer Akteur ist die EXIM-Bank, die chinesische Entwicklungsbank. Diese ist für die Abwicklung der finanziellen Transfers an alle Beteiligte, die Rückzahlung der Gelder sowie der Prüfung der Kreditwürdigkeit zuständig (siehe Schritt zwei, fünf und acht).<sup>141</sup> In Schritt fünf, in dem der Austausch von Rohstoffen und die Aktivitäten der chinesischen Bauunternehmer zum Infrastrukturausbau einsetzen finden sich besondere Kritikpunkte: Weder die Existenz bilateraler Verträge noch deren etwaige Inhalte sind bekannt. Deswegen bergen sich für afrikanische Partnerländer hier besondere Risiken.

Beispielhaft zeigt sich, wie China den Bedarf afrikanischer Länder an Krediten und Infrastruktur deckt, die weder finanzielle Kapazität noch ausreichende Kreditwürdigkeit vorweisen können: Rohstoffe, insbesondere Erdöl akzeptiert China als Kreditgarantien. Die betroffenen Staaten im Sub-Sahara-Raum, neben Angola ebenso Nigeria, Sudan und Äthiopien, haben enorme Defizite im Infrastrukturbereich, insbesondere in dem für die Industrie essentiellen Bereich der Stromversorgung.<sup>142</sup>

Ein eindeutiges Negativum stellen hingegen die intransparenten Vertragdetails (siehe Schritt fünf) dar. Deutlich wird dies an einem Projekt in der demokratischen Republik Kongo, in dem Cobalt-, Kupfer-, und Goldminen zur Disposition stehen: Alle Einkünfte der ersten Phase fließen dabei zunächst in die Amortisierung der Mineninvestition, bevor das Infrastrukturprojekt beginnen kann.

---

<sup>139</sup> Vgl. Abbildung 4.

<sup>140</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 35.

<sup>141</sup> Vgl. Abbildung 4.

<sup>142</sup> Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak (2008), S. ix.

Im Gegensatz dazu bezeichnen Asche und Schüller das erste Projekt dieses Konzeptes in Angola als gelungen. Grund seien die im Vergleich günstigeren Kreditkonditionen durch China.<sup>143</sup> Dies ist auf den ersten Blick richtig, allerdings nur hinsichtlich der unmittelbaren Folgen, nämlich den günstigen Rückzahlungskonditionen. Langfristig hat sich die chinesische Kreditvergabe als negativ erwiesen.

### **7.2.1. Fallbeispiel: Der ‚Angola-Mode‘ in Angola**

In Angola prägen immer noch die Folgen des 30-jährigen Bürgerkrieges, der 2002 beendet wurde, das Land. Infrastruktur ist für den Wiederaufbau des Landes deshalb essentiell. Bereits 2002, direkt nach dem Friedensschluss, stellte China erstmals die Finanzierung für Infrastrukturprojekte, beginnend bezüglich des Wiederaufbaus der Schienennetze und Stromleitungen, und zeigte sich so als schneller und unkomplizierter Geldgeber.<sup>144</sup>

Neben neuen Quellen der Rohstoffversorgung ergab sich für China in Angola durch die eigene Bautätigkeit vor Ort schon damals eine weitere Profitance: Seit Ende der 90er Jahre wächst der chinesische Bausektor immer stärker und auf dem internationalen Markt erweisen sich chinesische Baufirmen als extrem wettbewerbsfähig. In den vergangenen Jahren konnten sie etwa 30 Prozent der Tender der Weltbank und der African Development Bank (=ADB) für Infrastrukturprojekte für sich entscheiden. Ein Grund dafür sind die staatlichen Subventionen, die diese Firmen erhalten und ihnen so eine größere Risikospannbreite erlauben.<sup>145</sup> Die Schritte fünf und sechs des ‚Angola-Modes‘ betreffen die Details der Verträge. Die zeitliche Bindung und die Rolle des afrikanischen Landes bei der Kreditvergabe ist ungewiss, wie auch im Fall Angola.<sup>146</sup>

2005 etwa wurde ein Joint Venture zwischen der chinesischen Staatsfirma Sinopec und dem angolischen Unternehmen Sonangol (= Sociedade Nacional de Combustíveis de Angola), das 75 Prozent der Anteile hält, über ein Ölfeld geschlossen.<sup>147</sup> In diesem Joint Venture spielt eine vom chinesischen Außenministerium angeblich weder institutionell noch finanziell abhängige

---

<sup>143</sup> Vgl. Asche/schüller (2008), S. 38.

<sup>144</sup> Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak, S. 21.

<sup>145</sup> Vgl. Foster/ Butterfield,/Chen/Pushak (2008), S. ix.

<sup>146</sup> Vgl. Abbildung 4.

<sup>147</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 24.

Institution eine Rolle: Der ‚China International Fund‘, der 2003 nach Bürgerkriegsende in Angola entstand, um im Tausch gegen Rohstoffe den kostenintensiven Wiederaufbau des Landes zu finanzieren. Dessen tatsächliche Unabhängigkeit ist allerdings nicht nachprüfbar. Für Angola war China auch bezüglich der Rohstoffe ein attraktiver Partner, denn es verfügte über noch nicht erschlossene Ölquellen und das Interesse an technischer und finanzieller Kooperation bei Erschließung und Förderung. Letzteres konnte China leisten, zudem ohne, im Gegensatz zu potenziellen westlichen Partnern, Anforderungen an die afrikanische Innenpolitik zu stellen.<sup>148</sup> Für Angola waren aber insbesondere Kredite und Infrastrukturausbau von Bedeutung: 2005 stellte die EXIM-Bank einen Kredit in Höhe von 2,4 Milliarden Dollar bereit.

Ein Teil davon floss in Elektrizität, Straßen, Wasser, Telekommunikation und öffentliche Bauprojekte, der andere Teil wurde in Gesundheit, Bildung und Fischerei investiert.<sup>149</sup> Ein weiterer Kredit in Höhe von zwei Milliarden Dollar erfolgte 2006. Zusammen mit den Investitionen in Infrastruktur kann damit der chinesische Beitrag in Angola mit mehr als 10 Milliarden Dollar veranschlagt werden.<sup>150</sup> Bereits der erste Kredit war vertraglich an die Lieferung von 10 000 Barrel Öl täglich zum Marktpreis gebunden. Dieser Kredit kann tatsächlich, wie von Asche und Schüller festgestellt, als für Angola günstig betrachtet werden, im Vergleich zu anderen ähnlichen Angeboten, die lediglich einen Ölpreis in Höhe von 50 Prozent des aktuellen Weltmarktpreises boten.<sup>151</sup>

### **7.2.2. Beurteilung: langfristiger Verlust für Angola**

Das Beispiel Angola zeigt, dass sich bezüglich der Entwicklungshilfe eine kurzfristige win-win-Situation aufgrund des schnellen und unkomplizierten Handelns Chinas einstellen kann. Für die langfristige ökonomische, gesellschaftliche und politische Situation ergibt sich allerdings eine negative Konstellation für Angola. Der Begriff ‚Ressourcenfluch‘ steht für eine Kombination negativer Folgen für Wirtschaft, Transparenz, Institutionen, und Demokratie, die Ressourcenreichtum mit sich bringen kann.<sup>152</sup> Er trifft auch auf Angola zu, denn vor allem der

---

<sup>148</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 36.

<sup>149</sup> Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak (2008), S. 21.

<sup>150</sup> Vgl. Dieter (2008), S. 12.

<sup>151</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 37.

<sup>152</sup> Vgl. Basedau (2009), S. 21.

Erdölsektor, in den China am stärksten investiert, ist stark von Korruption und Patronage geprägt. Etwa 4 Milliarden Dollar der Gesamteinnahmen oder anders formuliert, 10 Prozent des GDP, beträgt der daraus resultierende Verlust in Angola.<sup>153</sup> Auch hier spielt wieder die Konditionslosigkeit Chinas die zentrale Rolle, denn ein vergleichbarer Kredit des IMF wurde aufgrund der hohen Anforderungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung zugunsten des chinesischen Angebots ausgeschlagen.<sup>154</sup>

Die langfristige Verbindung zwischen insgesamt drei chinesischen Akteuren (EXIM-Bank, Erdölunternehmen, Bauunternehmen) und dem wichtigsten Wirtschaftsfaktor des Landes ist negativ im Sinne des Rohstoffparadoxons, da China dauerhaft angelegte Interessenpolitik betreibt, angolische Ressourcen nutzt und das Land ökonomisch an sich bindet, während Angola durch die Verschuldung in eine Abhängigkeitssituation gerät, anstatt eigene Methoden und Dynamiken für die Nutzung dieses Rohstoffes, beziehungsweise für alternative Wirtschaftszweige, zu entwickeln. Der eigentliche Widerspruch ist, dass Angola eigentlich seinen Ressourcenreichtum nutzen könnte, um seine Ökonomie durch die Erträge in diesem Sektor auf eine breitere Basis zu stellen und so nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern und gesellschaftliche Armut zu reduzieren.<sup>155</sup>

45 Prozent chinesischer Erdölimporte stammen aus Angola. Seitens der Angolaner führte so nicht zuletzt der Export von Erdöl nach China zu einem beachtlichen Wirtschaftswachstum: 2006 und 2007 verzeichnete es einen Anstieg des GDP in Höhe von 80 Prozent, 2008 war Angola die am stärksten wachsende Volkswirtschaft weltweit.<sup>156</sup> 2005 machte Erdöl als Hauptwirtschaftsfaktor 56 Prozent des GDP, 83,1 Prozent des Regierungseinkommens und 94,1 Prozent des Exporteinkommens aus.<sup>157</sup> Zwischen 2006, also nach dem FOCAC-Gipfel, und 2008 hat sich der chinesische Erdölimport nahezu verdoppelt.<sup>158</sup>

---

<sup>153</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 25.

<sup>154</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 25.

<sup>155</sup> Vgl. Foster/Butterfield/Chen/Pushak (2008), S. vi.

<sup>156</sup> Vgl. The Economist (2010), S. 43.

<sup>157</sup> Vgl. OECD (2007), S. 109.

<sup>158</sup> Vgl. Abbildung 5.



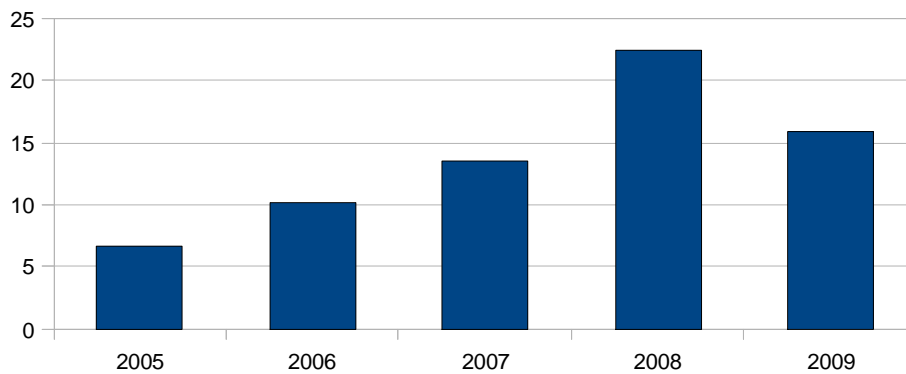


Abbildung 4: Erdölimporte Chinas aus Angola (in Billionen US-Dollar; Jahre 2005-2009)

(Nach UN-Comtrade(2009): Erdölimporte China-Angola).

Trotz des anscheinenden Gewinns durch die Handelsbeziehungen mit China im Rohstoffsektor, hat sich die Abhängigkeit von einem einzigen Wirtschaftsfaktor für Angola als fatal erwiesen. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise brach die angolanische Wirtschaft in einem seit dem Bürgerkrieg nicht mehr erlebten Maße ein: 2009 brach der weltweite Ölpreis massiv ein und betrug mit etwa 50 US-Dollar nur noch etwa ein Drittel seines Preises von 2007, was zum größten Staatsdefizit seit dem Krieg führte.<sup>159</sup> Dies zeigt sich auch am Erdölhandel mit China, der 2009 im Vergleich zum Vorjahr massiv einbrach.<sup>160</sup> Es wird deutlich: Entwicklungshilfe an einen derart unsicheren Parameter wie Erdöl zu binden, birgt ökonomische Risiken für die Empfängerländer.

Außerdem wurden die wirtschaftlichen Folgen der im Zuge der Wirtschaftskrise gefallenen Ölpreise nicht durch China, sondern durch einen ‚stand-by-arrangement Kredit‘ des IMF in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar ausgeglichen.<sup>161</sup> Angola verpflichtete sich im Gegenzug in einem ‚letter of intent‘, einer politischen Absichtserklärung ohne rechtliche Bindung, zu strukturellen Reformen. Unter anderem stellt Angola damit eine Steuerreform in Aussicht, die Staatseinnahmen nicht lediglich auf Einnahmen aus dem Erdölsektor beschränkt und begrenzt die Aufnahme weiterer Anleihen, insbesondere für projektbezogene Kredite, wie sie etwa durch China erfolgten, beinhalten.<sup>162</sup>

<sup>159</sup> Vgl. Africa Confidential (2010): Africa/Economy. Out of the dip, S. 4.

<sup>160</sup> Vgl. Abbildung 5.

<sup>161</sup> Vgl. Leigh/Xiao/Klein (2009).

<sup>162</sup> Vgl. International Monetary Fund (2010): Angola: letter of intent, Memorandum of Economic and Financial Policies, and technical Memorandum of Understanding. S. 6.

Aufgrund der Investitionen Chinas vor Ort und der dauerhaften Verpflichtung an chinesische Kredite wird allerdings die einseitige Ausrichtung der angolanischen Wirtschaft nur unterstützt. Zudem werden selbst die möglichen gesamtgesellschaftlichen Gewinne durch den Infrastrukturausbau mit dem chinesischen Herkunftsland der Baufirmen zweckgebunden: Sowohl die Arbeiter als auch das Material sind in der Regel chinesischer Herkunft, lokale Firmen werden meist nicht eingebunden.<sup>163</sup> Die Profite, die durch Erdölhandel erzielt werden, konsumiert die herrschende angolanische Elite zum Teil selbst, mehr als eine Milliarde Dollar vermutete man kurz nach Bürgerkriegsende auf geheimen Auslandskonten,<sup>164</sup> statt sie zugunsten der Gesamtbevölkerung einzusetzen.

Eine Breitenwirkung des Wirtschaftswachstums wäre in Angola aber dringend nötig, denn hier beträgt das Durchschnittseinkommen in etwa zwei Dollar pro Tag, während die Lebenshaltungskosten und Verbraucherpreise extrem ansteigen. Die nationale Einkommensverteilung gemessen am ‚Gini-Index‘ gehört deshalb zu einem der höchsten weltweit und damit für eine extreme Ungleichverteilung des Einkommens steht.<sup>165</sup> Deshalb ordnet der ‚Human Development Index‘ der Vereinten Nationen Angola gegenwärtig auf Platz 146, einem der unteren Ränge, ein.<sup>166</sup> Der Korruptionsindex verortet Angola auf einer Skala von 0 für ‚höchst korrupt‘ bis 10 für ‚sehr transparent‘ mit einem Rang von 1,9 als extrem korruptionsgeprägten Staat ein.<sup>167</sup>

Es wird vermutet, dass ebenfalls die chinesischen Gelder, die der Präsident im Rahmen eines großangelegten Infrastrukturprogrammes für Krankenhäuser und eine Eisenbahnlinie vorgesehen hatten, in Korruptionskanälen verschwunden sind. Verwirklicht wurde nämlich kaum ein Teil dieses Planes, dessen wichtigste Projekte der ‚Bom Jesus Airport‘, die ‚Benguela Railway‘ und die ‚Luanda Malange Railway‘ waren.<sup>168</sup> Einige der beteiligten Akteure stehen unter dringendem Korruptionsverdacht.<sup>169</sup> Genau diese Undurchsichtigkeit der Staatsfinanzen veranlasste den IMF und die Weltbank nach dem Bürgerkriegsende ein umfassendes Hilfsprogramm für Angola in die Wege zu leiten, die aber bereits zu diesem Zeitpunkt durch die chinesischen Konditionslosigkeit

---

<sup>163</sup> Vgl. Asche/Schüller (2008), S. 50.

<sup>164</sup> Vgl. Bertelsmannstiftung (2004): Transformationsindex. Länderbericht Angola.

<sup>165</sup> Vgl. Afrika Verein der deutschen Wirtschaft e.V. (2009), S. 74.

<sup>166</sup> Vgl. UNDP Development reports: Angola.

<sup>167</sup> Vgl. Transparency international (2010).

<sup>168</sup> Vgl. Africa-Asia Confidential (2010): Reshuffling Luanda's Beijing connection. S. 5.

<sup>169</sup> Vgl. Africa Confidential (2010): Dos Santos prepares for power, again. S. 8.

konterkariert werden.<sup>170</sup> Auch in innenpolitischer Hinsicht sind negative Langzeitfolgen zu verzeichnen: 2003 bescheinigte der Statusindex des ‚Bertelsmann-Transformationsindex‘ Angola hinsichtlich dessen Entwicklung zu einer demokratisch geprägten Marktwirtschaft Platz 105 von 115 untersuchten Ländern, insbesondere bezüglich der Rechtsstaatlichkeit, die als mangelhaft bewertet wurde.<sup>171</sup>

Letztere Werte beziehen sich zwar auf die Zeit der Transformation des politischen Systems, allerdings ist das Land bis heute stark autoritär geprägt: An der Staatsspitze steht der mit zahlreichen Kompetenzen ausgestattete Präsident Dos Santos, ebenso Führer einer der Bürgerkriegsparteien, der MPLA (=Movimento Popular de Libertação de Angola). Dieser Präsident nutzt seine Kompetenzen, um die eigene Machtposition zu konsolidieren.<sup>172</sup> Die Parlamentswahlen im Jahr 2008 wurden zwar als weitgehend frei, aufgrund der mangelhaften Beteiligung der Oppositionspartei UNITA (=União Nacional para a Independência Total de Angola) als nicht fair klassifiziert.<sup>173</sup> Diese Demokratiestagnation wird sich langfristig nicht aufheben, solange keine sichtbaren Veränderungen in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Demokratie erfolgen: Und genau diese behindert China durch sein Konzept einer strategischen Partnerschaft, das Anforderungen an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie völlig ausklammert und zudem mit seinen Investitionen im Erdölsektor, der die ökonomische Machtbasis der herrschende Elite im Land ist, diese autoritären Strukturen festigt.<sup>174</sup>

Dies zeigt sich auch an der personellen Struktur der chinesisch-angolanischen Zusammenarbeit: Pierre Falcone, der während des Bürgerkrieges zwischen 1993 und 1994 einen Waffenverkauf an die angolische Regierung in Höhe von 792 Millionen Dollar aushandelte, tritt als Berater Chinas im Rahmen der chinesischen Investitionstätigkeit auf.<sup>175</sup> Gleiches gilt für die afrikanische Seite, die durch zahlreiche personelle Verbindung zwischen der politischen Elite und dem Erdölsektor gekennzeichnet ist. Der Präsident von Sonangol etwa, Manuel Vicente pflegt sowohl enge Verbindungen zu Dos Santos selbst als auch zu einem Partner von dessen Tochter Isabel Dos Santos in der Mobilfunkfirma Unitel.<sup>176</sup>

---

<sup>170</sup> Vgl. Bertelsmannstiftung (2004): Transformationsindex. Länderbericht Angola.

<sup>171</sup> Vgl. Bertelsmannstiftung (2004): Transformationsindex. Ranking 2003.

<sup>172</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (2010), S. 2.

<sup>173</sup> Vgl. Bösl (2008), S. 9.

<sup>174</sup> Vgl. Mair (2009), S. 68.

<sup>175</sup> Vgl. Africa-Asia Confidential (2009): Blood and money in the streets, S. 2.

<sup>176</sup> Vgl. Africa Confidential (2010):Football, contracts and then votes, S.9.

Bezüglich der Demokratieentwicklung kann davon ausgegangen werden, dass der nahezu bedingungslose Kapitalzufluss den Reformwillen der herrschenden politischen Klasse weiterhin schwächt.<sup>177</sup> Tatsächlich ist China allerdings, aufgrund der konditionslosen Kreditvergabe und dem Angebot günstiger Infrastrukturmaßnahmen tatsächlich ein, auf den ersten Blick, passender Partner für afrikanische Länder wie Angola. Bei näherem Betrachten ist diese scheinbare ‚Partnerschaft‘ aber eine Abhängigkeitssituation für die Afrikaner, die langfristig eher als Verlustgeschäft denn als win-win-Beziehung zu bezeichnen ist.

## **8. Wirkungen auf Partner in Afrika:**

Der Ausbau der sino-afrikanischen Partnerschaft ist nicht nur das Ergebnis chinesischer Interessen, sondern ebenso das Resultat von Interessen und Zielen der afrikanischen Akteure. Um die Wirkung des chinesischen Engagements zu analysieren, muss grundsätzlich zwischen Interessen und Chancen auf Seite der afrikanischen Eliten und der breiten Bevölkerungsmasse unterschieden sowie die besonderen Strukturen und Prozesse afrikanischer Politik erläutert werden.

### **8.1. Die Eliteperspektive**

Für afrikanische Eliten ist die Partnerschaft mit China tatsächlich eine Gewinnchance, da durch sie entsprechend des eigenen Politikverständnis die Stabilisierung und Festigung von Macht sowie die Verfolgung ökonomischer Interessen möglich ist.

---

<sup>177</sup> Vgl. Taylor (2009), S. 8.